

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistratsdirektion - Pressestelle,
Wien, 1., Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 11,
Fernsprecher: B 40-500, Klappe 623, 042 und 041.
Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer.

14. Juli 1945

Blatt 170

Betriebsdemokratie in den städtischen Werken und Betrieben =====

Samstag (14.d.M.) versammelten sich auf Einladung des Stadtrates für die städtischen Unternehmungen Speiser unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General Körner die Direktoren der städtischen Unternehmungen und die Obmänner der Betriebsräte der wichtigsten städtischen Werke und Betriebe.

Der Bürgermeister gab bekannt, daß die Gemeinde Wien beabsichtige, auf dem Wege der Betriebsdemokratie einen neuen wichtigen Schritt nach vorwärts zu machen.

Stadtrat Speiser führte dann aus, daß sich, wie er auch aus seiner früheren fünfzehnjährigen Tätigkeit als Personalreferent der Gemeinde Wien wisse, an die Verhandlungen mit den Arbeitern und Angestellten der Betriebe über Löhne und Arbeitsverhältnisse oft sachliche Erörterungen angeschlossen haben, die der Stadtverwaltung und den Direktionen der Betriebe manche gute Anregung durch das Personal gebracht haben. Nun solle die Möglichkeit, daß Arbeiter und Angestellte ihre praktischen Kenntnisse von Betriebs- und Werksverhältnissen im Sinne der Betriebsdemokratie verwerten, dadurch gesteigert werden, daß dazu von den Betriebsräten delegierte Arbeiter und Angestellte den hiezu bestimmten Sitzungen der Betriebs- und Werksdirektionen beigezogen werden. In diesen Direktionssitzungen sollen Berichte der Direktionen über größere Investitionen, geplante größere Umgestaltungen der Werke und andere bedeutendere Vorgänge gegeben werden, damit die Betriebsräte Gelegenheit erhalten, dazu Stellung zu nehmen und sie so zu beeinflussen.

Die Delegierten der Betriebsräte sollen ferner aus eigener Initiative Maßregeln, die ihnen im Interesse des Betriebes not-

wendig erscheinen, anregen und Vorschläge erstatten können. Stadtrat Speiser sprach den Wunsch aus, daß solche Direktions-sitzungen unter Teilnahme der delegierten Betriebsräte etwa jeden Monat stattfinden. So soll den starken Ansätzen zur Betriebsdemokratie eine feste Form gegeben und sichtbar gemacht werden, daß die Gemeinde auch in ihren Betrieben das Personal in echt demokratischer Weise zur Mitarbeit heranziehen will. Der Bürgermeister General Körner habe sich für diese Vorschläge besonders interessiert, die Sitzung der amtsführenden Stadträte habe den Maßnahmen des Referenten für die städtischen Unternehmungen einhellig zugestimmt und er freue sich, diese Maßnahme gemeinsam den Direktionen und den Betriebsräten und Personalvertretungen und ihrer Gewerkschaft bekanntzugeben.

Im Namen der Direktionen gab Straßenbahndirektor Johann R e s o h die Erklärung ab, daß die Direktionen bereit seien, ihre Tätigkeit im Sinne der Betriebsdemokratie auszuüben, und daß sie dem Willen der Gemeindeverwaltung nicht nur zustimmen, sondern auch mit freudiger Bereitwilligkeit in ihrem Sinne vorgehen werden.

Magistratsdirektor Dr. K r i t s c h a sprach für die Betriebe der städtischen Hoheitsverwaltung die gleiche Bereitwilligkeit aus.

Im Namen der Betriebsräte aller städtischen Werke gab der Obmann des Betriebsrates der städtischen Elektrizitätswerke, Arbeiter B e r t h o l d , der Freude der Arbeiter und Angestellten aller städtischen Werke Ausdruck, daß dieser Schritt der Gemeindeverwaltung die Betriebsdemokratie festlege. Er sei sich dessen wohl bewußt, welche große Verantwortung die Neueinführung der Arbeiter- und Angestelltenschaft auferlegt, aber die Betriebsräte und Personalvertretungen werden alles daran setzen, um sich in ihrer Arbeit für die Gemeinde Wien und Bevölkerung auch in dieser Form zu bewähren.

Der Vertreter der Straßenbahner O r t z begrüßte die Einführung der Betriebsdemokratie, er legte dar, daß er in ihr über das Wecken der schöpferischen Kräfte hinausgehend hohe Ziele, und zwar den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Ideologie sehe. Nach der Periode des Hitlerfaschismus könne

die Betriebsdemokratie nichts Fertiges sein, sie sei eine Neugeburt und müsse dementsprechend umsorgt und gehegt werden. Wenn es uns gelinge, die Betriebsdemokratie in diesem Sinne auszubauen, dann sei ein mächtiger Block in den Bau des neuen, demokratischen Österreich eingefügt.

Auch der Obmann der Vereinigung des Verbandes der Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien, Präsident Ing. R u m l e r , hob die große Bedeutung dieses Schrittes der Gemeindeverwaltung hervor, dankte dem Bürgermeister und der gesamten Gemeindeverwaltung für ihren Entschluß und versprach auch namens des Verbandes freudige Mitarbeit.

Bürgermeister General K ö r n e r schloß die denkwürdige Sitzung mit dem Wunsche, daß die Absichten und Pläne der Gemeindeverwaltung in dieser Sache gelingen und daß die Gemeinde Wien mit der Verstärkung des Aufbauwillens des städtischen Personals gemeinsam mit diesem ein neues Beispiel für demokratische Arbeit in Österreich geben könne.

Zur Gasversorgung im 3. und 11. Bezirk

=====

Nach der am 10.d.M. durchgeführten Erweiterung der Gasabgabe im 3. Bezirk auf die Früh- und Abendstunden zeigt sich, daß der gesamte Gasbedarf im 3. und 11. Bezirk höher ist als die Erzeugung. Den Gasverbrauchern wird daher größte Sparsamkeit empfohlen, da die Gaslieferzeiten sonst wesentlich gekürzt werden müßten. Die Gaswerke ersuchen neuerdings, Wahrnehmungen über Gebrechen und Gasausströmungen in und außerhalb der Häuser den Meldestellen 3., Salmgasse 17, und 11., Enkplatz, Magistratisches Bezirksamt, sofort mitzuteilen.

Infolge der Pflänzchenausgabe für Grabeländler entfällt am Dienstag (17. Juli) jedweder Parteienverkehr in der Magistratsabteilung III/4, Siedlungs- und Kleingartenwesen, 1., Rathausstraße 2/II.

Auszahlung der Juli-Pensionen der Stadtverwaltung

=====

Die Juli-Pensionen des Magistrats, des Brauhauses und der städtischen Lagerhäuser (Beamtenpensionen) werden ab 20. Juli

durch die Postsparkassa für jene Pensionsparteien ausbezahlt, die die Junipensionen behoben haben. Pensionsparteien, die die Junipensionen noch nicht behoben haben, erhalten die Julipension mit der Junipension bei der Gehalts- und Lohnverrechnungsstelle 1., Neues Rathaus, Stiege VII, 2. Stock, Tür 21. "Illegale" bleiben weiterhin vom Bezug ausgeschlossen.

Die Pensionsparteien der Elektrizitätswerke, der Gaswerke, der Leichenbestattung und der städtischen Lagerhäuser (Arbeiterpensionen) erhalten die Julipension nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens wie im Vormonat an den Kassen der Unternehmungen, und zwar A bis E am 17. Juli, F bis H am 18. Juli, I bis L am 19. Juli, M bis Qu am 20. Juli, R und S am 23. Juli und T bis Z am 24. Juli. Am 25. bis zum 27. Juli wird an die Nachzügler ausbezahlt.

Die Wiener Verkehrsbetriebe beabsichtigen, an den gleichen Kassen wie bisher auszuzahlen. Eine besondere Verlautbarung folgt.

Der Höchstsatz von 150 RM monatlich netto gilt auch für die Julipensionen.

Die Wohnungseinrichtung der geflüchteten Nazi ist Staatseigentum

Ein Geschenk der Roten Armee.

Von Stadtrat Felix Slavik.

Unsere heutige Mitteilung darf als eine bedeutsame Ergänzung zu den letzten Verlautbarungen, daß wieder das friedliche und normale Leben in unsere Heimatstadt einkehren soll, betrachtet werden.

Viele Wiener waren in Sorge, ob ihnen nicht Einrichtungsgegenstände, Radioapparate, Klaviere und dergl. aus den Wohnungen genommen würden, weil die Rote Armee die Einrichtungsgegenstände in den Wohnungen der Geflüchteten als Beutegut erklärt hat.

Es ist selbstverständlich, wenn eine Armee unter den ungeheuersten Opfern einen Sieg erringt, daß sie das Recht hat, die Dinge des alltäglichen Gebrauchs, deren sie bedarf, für sich in Anspruch zu nehmen. Es war nur natürlich, daß man sich

auf den Standpunkt gestellt hat, daß dort, wo eine Gefahr der Plünderung durch die Zivilbevölkerung bestand, eine Sicherstellung erfolgen mußte. Die Folge davon war, daß die Wiener Bevölkerung mit Angst und Bangen von einem Tag auf den anderen befürchtete, daß Soldaten kämen, um Radioapparate, Klaviere und dergleichen zu holen.

Nun haben die verantwortlichen Stellen der Roten Armee eine Entscheidung getroffen, die uns alle herzlichst freuen kann.

Das Beutegut in den Wohnungen der Geflüchteten wurde der Stadt Wien unbeschränkt zur Verfügung gestellt.

Voraussetzung dafür war aber die Garantie, daß alle diese Gegenstände wirklich zweckmäßig verwertet werden.

Die Gemeinde Wien tritt also als Treuhänderin auf. Sie übernimmt die Verwaltung dieser Einrichtungsgegenstände. Vor-erst wird eine Erfassung aller Mobilien der geflüchteten Nazis durchgeführt werden.

Der Wunsch der Roten Armee bei der Übergabe dieser großen Werte an die Gemeinde Wien war und ist, daß auf keinen Fall irgendwelche Unregelmäßigkeiten vorkommen. Die Gemeinde wird dieser Aufgabe vollkommen gerecht werden. Es wird schon in den nächsten Tagen mit der Unterbringung dieser Mobilien in Zentralmagazinen begonnen werden und erst zu einem späteren Zeitpunkt wird im Einvernehmen zwischen Regierung und Gemeinde über diese Dinge verfügt werden können.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß niemand diese Möbel usw. abtransportieren oder ihren Standort verlagern darf. Alle von den Geflüchteten in den Wohnungen zurückgelassenen Sachen, einerlei ob es sich um Möbel, Radioapparate, Teppiche oder sonst etwas handelt, müssen an ihrem derzeitigen Platz belassen werden. Beamte mit einem Ausweis des Wohnungsamtes der Stadt Wien werden diese Verlagerungen durchführen. Von anderen Stellen ausgegebene Ausweise haben keine Gültigkeit. Es ist auch darauf zu achten, daß sich nicht irgendwelche Nazis in den Besitz solcher Gegenstände setzen. Die Polizei ist angewiesen, alle Möbeltransporte zu kontrollieren. Wo Unregelmäßigkeiten aufgedeckt werden sollten, wird sofort das Strafverfahren eingeleitet.

Diese Aktion ist von so weittragender Bedeutung für die Gemeinde und für den Staat, daß jeder Übergriff mit allen Mitteln verhindert werden muß.

Wir werden uns des Geschenks, das uns die Rote Armee gemacht hat, würdig erweisen und werden die Gegenstände in vollster Ordnung sicherstellen. Nach dem Wunsch der Roten Armee werden die Inventarstücke an jene Personen vergeben werden, die den ersten Anspruch darauf erheben können.

Lebensmittelkarten nur für Arbeitswillige.
=====

Wir machen nochmals auf die Verlautbarung des Wiener Magistrats aufmerksam, daß die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die nächste Zuteilungsperiode von dem Nachweis der Beschäftigung abhängig gemacht wird. Die Kartenstellen haben durch die Hausbesorger Formulare ausgegeben, die dem Nachweis der Beschäftigung dienen. Diesen Nachweis müssen alle männlichen und weiblichen unselbständig Erwerbstätigen bringen. Schüler und Schülerinnen über 14 Jahre haben mittels der gleichen Formulare die Bestätigung ihrer Schulleitung einzuholen. Erwerbslose Männer (Frauen nicht) zwischen dem 14. und 65. Lebensjahre haben die Bestätigung ihres Arbeitsamtes einzuholen, daß sie sich dort gemeldet haben. Dazu dienen ebenfalls dieselben Formulare.

Diese Arbeitsbestätigungen müssen

Dienstag, den 17. Juli d.J.

dem Hausbesorger übergeben werden. Früher eingeholte Arbeitsbestätigungen sind nicht mehr gültig! Wer durch Krankheit oder aus anderen Gründen verhindert ist, sich die Bestätigung selbst zu verschaffen, hat dafür zu sorgen, daß sie durch eine von ihm beauftragte Person besorgt wird.

Wer keine Bestätigung beibringt, erhält keine Lebensmittel-
karten.

An alle Lebensmittel-Kleinverteiler!

=====

Das Zentralernährungsamt Wien teilt mit:

Alle Lebensmittel-Kleinverteiler, die bei der letzten Abrechnung eine G-Bestätigung auf Kaffeersatz erhalten haben, werden aufgefordert, sich in der Zeit zwischen 16. und 18.d.M. (Montag bis Mittwoch) in ihrer zuständigen Verrechnungsstelle eine G-Bestätigung zum Bezug von Marmelade abzuholen. Diese G-Bestätigung ist unverzüglich an einen frei zu wählenden Vorverteiler weiterzugeben.